

## **Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 17**

### **Heike Hänsel**

Entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau  
im Unterausschuss Vereinte Nationen

### **Hüseyin-Kenan Aydin**

Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung



**Berlin, den 1.10.2007**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

vom 18. bis 22. September besuchte die afghanische Frauenrechtlerin und Parlamentarierin Malalai Joya auf Einladung der Fraktion DIE LINKE Deutschland. Malalai Joya ist die bekannteste Politikerin Afghanistans. Sie kämpft für die Rechte der afghanischen Frauen und gegen die Macht von Islamisten und Warlords. DIE LINKE wollte in den gegenwärtigen Debatten um die Afghanistan-Einsätze der Bundeswehr dieser authentischen Stimme Gehör verschaffen. In Berlin zog sie Bilanz von sechs Jahren Besatzung. Wir dokumentieren ab S. 2:

- Interview von Heike Hänsel mit Malalai Joya (10.9.2007): „Afghanistan braucht internationale Hilfe, aber wir wollen keine Besatzung!“
- Spendenaufruf für Malalai Joyas Geburtsklinik und Gesundheitszentrum im Westen Afghanistans
- Veranstaltungsbericht (19.9.2007): Besatzung statt Befreiung – Veranstaltung der Linksfraktion in der Berliner Volksbühne (aus: Querblick Nr. 4/2007)

Die deutsche EU- und G8 Präsidentschaft habe wichtige entwicklungspolitische Impulse gesetzt, besonders für Afrika. Diese Bilanz zog Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul in einen Brief an die Entwicklungspolitiker/innen des Bundestags. DIE LINKE teilt diese Einschätzung nicht. Wir dokumentieren dazu ab S. 11:

- Offener Brief von Hüseyin Aydin (6.8.2007) an die BM Heidemarie Wieczorek-Zeul

Die Verhandlungen zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) zwischen der EU und den AKP-Staaten (Afrika, Pazifik, Karibik) befinden sich in einer kritischen Phase. Während die EU weiterhin am Zeitplan und an ihrer WTO-plus-Agenda festhält, wird in den Partnerregionen der Unmut immer lauter. Soziale Bewegungen in Afrika und Europa protestierten am 27. September gegen die Verhandlungsführung der EU-Kommission. DIE LINKE unterstützte den Protest. Wir dokumentieren ab S. 17:

- Presseerklärung von Heike Hänsel (9.8.2007): EPAs stoppen – LINKE unterstützt Protest gegen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen
- Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE und Antwort der Bundesregierung: Stand der Verhandlungen zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (16/6257, 16/6322)



## **Malalai Joya: „Afghanistan braucht internationale Hilfe, aber wir wollen keine Besatzung!“**

Interview geführt von: Heike Hänsel, MdB,  
Entwicklungspolitische Sprecherin, Fraktion Die Linke,  
Übersetzung: Birgit Bock-Luna

**Heike Hänsel:** *Sie sind eine sehr mutige und kämpferische Frau. Seit Ihrer bekannten Rede in der Loya Jirga (verfassungsgebende Versammlung) am 17.12. 2003, in der Sie öffentlich die Anwesenheit von Warlords und Kriminellen kritisiert haben, leben Sie mit Morddrohungen. Woher nehmen Sie die Energie für die Fortführung Ihres Aktivismus für Menschen- und Frauenrechte in Afghanistan?*

**Malalai Joya:** Ich erhalte meine Energie von dem schrecklichen Leid meiner Landsleute und besonders der Frauen, die durch die Unterdrückung der Fundamentalisten am meisten leiden. Wenn ich sehe, dass die Menschen in Afghanistan seit Jahrzehnten Opfer von Verbrechen und Brutalitäten der Fundamentalisten verschiedener Strömungen sind, die uns mit ihrem religiösen Faschismus quälen und foltern, spüre ich die Entschiedenheit, etwas dagegen zu unternehmen, um die Situation zu ändern.

Aber in der Loya Jirga konnte ich es nicht mehr ertragen, zu sehen, dass dieselben Kriminellen, die für die Ermordung von zehntausenden von Frauen und Männern verantwortlich waren, in der ersten Reihe saßen, dass sie die Versammlung leiteten. Niemand anderes nahm den Mut zusammen, um gegen diese Verhältnisse zu protestieren. Also entschied ich mich, die Stimme für meine Landsleute zu ergreifen und sprach mich öffentlich gegen die Kriegsverbrecher aus, obwohl dies bedeutete, dass ich um mein Leben fürchten musste.

Nach diesem Ereignis erhielt ich solch herzliche Sympathien von meinen armen Landsleuten, die mich tief beeindruckte und mich dazu motivierte, mehr Einsatz, Kraft und Energie aufzubringen, um meinen Kampf gegen die terroristischen Fundamentalisten fortzusetzen.

Trotz häufiger Drohungen von meinen Feinden und wenigstens vier Mordversuchen habe ich entschieden, mich nicht zum Schweigen bringen zu lassen und werde weiterhin die Stimme meiner sprachlosen Landsleute sein.

*Wie sieht das Leben von afghanischen Frauen heute aus?*

Die USA und ihre Verbündeten haben das Elend der afghanischen Frauen als Vorwand missbraucht, um ihren Angriff auf Afghanistan zu legitimieren, mit dem sie vorgaben „den afghanischen Frauen Frieden zu bringen.“ Kurz nach dem Sturz der Taliban verkündete Herr Bush, dass „die afghanischen Frauen jetzt frei sind.“

Dies ist nur eine Lüge und verblendet die Menschen weltweit. In Wirklichkeit haben sich die Lebensumstände afghanischer Frauen nicht zum Positiven gewendet, sondern sie leiden mehr denn je.

Wie können unsere Frauen frei sein, wenn das ganze Land in den Händen von Warlords ist, die bis auf die Knochen frauenhasserisch sind? Statt an dieser Stelle die frauenrechtliche Katastrophe in Afghanistan im Detail zu erläutern, möchte ich ein paar schockierende Beispiele geben, um die fürchterlichen Lebensbedingungen von afghanischen Frauen zu beschreiben:

- Niemals war die Zahl der Selbstmorde von afghanischen Frauen als Folge von Armut, Not und dem Fehlen von Gerechtigkeit so hoch wie heute. Die unabhängige Menschenrechtskommission für Afghanistan hat festgestellt, dass allein in der westlichen Provinz Herat im Jahr 2006 104 Fälle von Selbstverstümmelung dokumentiert wurden. Die wirklichen Zahlen für das gesamte Staatsgebiet sind noch viel höher.
- Nach Angaben von UNIFEM betrachten 50 000 Witwen in Kabul und tausende Frauen im Rest des Landes Selbstmord als einzigen Ausweg aus Elend und Not
- Über 95 % der afghanischen Frauen leiden unter Depressionen.
- Alle 28 Minuten stirbt eine Frau in Afghanistan während der Geburt.
- 54 % der afghanischen Kinder werden mit Behinderungen geboren (von 100 000 Lebendgeburten sterben 6 500 Mütter bei der Geburt)
- Die durchschnittliche Lebenserwartung afghanischer Frauen beträgt nur 44 Jahre.
- Viele Leute verkaufen ihre kleinen Töchter, teilweise nicht einmal zehn Jahre alt, als Bräute, um Armut zu lindern und Zwistigkeiten zu lösen.
- Mädchen werden in Afghanistan nach wie vor wie eine Währung gehandelt, und Zwangsehen sind üblich.
- Befehlshaber der Nordallianz entführen und vergewaltigen Frauen und Mädchen in Regionen, die unter ihrer Kontrolle stehen: die elfjährige Sanobar wurde von einem Warlord entführt, vergewaltigt und dann in einem Tauschhandel für einen Hund eingelöst. Eine andere Frau wurde in der Provinz Badakhshan von einer Gruppe von 11 schwer bewaffneten Männern vergewaltigt. Die vierzehnjährige Fatima, ihre Mutter und die elfjährige Rahima wurden vergewaltigt... Diese Liste könnte um hunderte ähnliche Vorfälle erweitert werden, die normalerweise nicht dokumentiert werden.
- Nach Angaben einer Oxfam-Studie besucht nur eines von fünf Mädchen die Grundschule und eines von 20 besucht die weiterführende Schule.
- Bekannte Frauen, die sich trauen, außerhalb ihrer Häuser einer Arbeit nachzugehen, werden bedroht und ermordet. In den letzten zwei Jahren wurden Frauen wie Shokiba Sanga Amaaj, Zakia Zaki, Shaima Rezayee, Nadia Anjuman und andere ermordet.

Die obige Liste stellt nur die Spitze des Eisbergs dar, wenn es um die Beschreibung der desaströsen Situation von afghanischen Frauen geht. Alle erdenklichen Formen von Folter und Verbrechen werden gegen Frauen angewandt, aber es herrscht Rechtlosigkeit, und die Täter werden üblicherweise für ihre Taten nicht belangt.

*Seit Oktober 2005 sind Sie Abgeordnete im afghanischen Parlament Loya Jirga. Wie schätzen Sie die gegenwärtige politische Situation in Ihrem Land ein?*

Ich denke, dass Afghanistan einer Zeitbombe gleicht, die jeden Moment explodieren kann. Wir leben heute in einem Dschungel aus Gesetzen. Die Macht der Waffen und der Drogen-Mafia herrscht überall in Afghanistan.

Die USA und ihre Alliierten haben das barbarische Regime der Taliban zwar gestürzt, aber sie haben nicht den Islamischen Fundamentalismus beseitigt, der das Grundübel für das Elend der afghanischen Frauen, Kinder und Männer ist. Stattdessen haben die USA den Afghanen die Nordallianz aufoktroziert und solche Verbrecher an die Macht gebracht, deren Vergangenheit lauter Verbrechen aufweisen und die so ignorant und frauenfeindlich wie die Taliban denken und handeln.

Tatsächlich haben die USA ein undemokratisches, fundamentalistisches Regime durch ein anderes ersetzt. Vom ersten Tag an wussten die Menschen, dass sie mit den Versprechen von "Demokratie" und "Freiheit" in Wahrheit betrogen worden sind. Die neue Administration wird ihnen weiterhin nichts Gutes bringen. Neuerdings bestätigen sogar einflussreiche internationale Medien, dass Afghanistan ein gescheiterter Staat ist, der von der Drogen-Mafia geführt wird.

Korruption und Betrug in der Regierung lenken Milliarden von Dollar in die Taschen von Offiziellen und ihren NGOs. Trotz Zahlungen von Milliarden von Dollar für Hilfsmaßnahmen kann die Regierung noch immer keine Elektrizität, Nahrung und Wasser für die Menschen liefern. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze.

Am 19. März 2007 hat die "Integrity Watch Afghanistan" eine unabhängige Studie veröffentlicht, die belegt, dass 60 % der Afghanen meint, die gegenwärtige Administration sei korrupter als irgendeine andere in den letzten zwei Jahrzehnten. Herr Izzatullah Wasifi, der Anti-Korruptionschef der afghanischen Regierung, hat selbst eine kriminelle Vergangenheit in den USA und verbrachte auf der Basis von Drogendelikten ca. 4 Jahre im Gefängnis.

Es ist eine Schande nicht nur für die USA sondern für die gesamte internationale Gemeinschaft, die in Afghanistan arbeitet, dass, während die Taliban in den Jahren ihrer Herrschaft immerhin erfolgreich den Opiumanbau reduziert haben, heute Afghanistans Anteil an der weltweiten Opiumproduktion 93 % beträgt. Umso beschämender ist es, dass die meisten der in Afghanistan hergestellten Drogen in den Strassen von New York und Europa verkauft werden. Meine Landsleute glauben heute fest daran, dass die USA und ihre Verbündeten in dem schmutzigen Geschäft mit den Drogen ihre Finger im Spiel haben. Sogar Herr Karzai hat den Westen für die Explosion des Opiumanbaus in Afghanistan schuldig gesprochen.

Gemäß der Zeitung "The Mail" vom 21. Juli 2007, sind "die vier größten Spieler im Heroingeschäft Senior-Mitglieder in der afghanischen Regierung – derselben Regierung, für die unsere Soldaten kämpfen und, bei dem Versuch sie zu beschützen, sterben."

General Dawood, der Leiter der Abteilung Drogenkontrolle im Innenministerium Afghanistans ist selbst ein bekannter Drogendealer. Die Mafia ist an der Macht und wird vom Westen unterstützt. Vor einigen Tagen hat der afghanische Minister für Wohnen, Herr Yousif Pashtun, erklärt, dass tausende Hektar Flächen von mächtigen Männern besetzt werden und sie nichts gegen diese unternehmen können, da die Mafia involviert sei. In diesem Zusammenhang nannte er den Namen Qasim Fahim (Abgeordneter des Parlaments and ehemaliger Abgeordneter von Herrn Karzai) als Kopf der Landmafia.

Während die Nordallianz Gruppen bewaffnet hat, welche die nördlichen Teile des Landes unter ihrer Kontrolle hat, und die Regierung jegliche Kontrolle verloren hat, befinden sich die östlichen und südlichen Landesteile unter der Kontrolle der Taliban, die von Pakistan und Iran unterstützt werden. Die Taliban gewinnen täglich an Macht hinzu und benutzen die vorherrschende Unzufriedenheit der Menschen mit der Regierung, um ihre Einflussgebiete auszudehnen. Zeitgleich erwägen die USA und Karzai sogar, den Weg für die Einbeziehung der Taliban an der Macht zu ebnen.

Das Parlament selber ist ein Treffpunkt für Drogenbarone und Menschenrechtsverletzer. An die 90 % der Parlamentsabgeordneten stammen aus bewaffneten Gruppierungen, verfügen über ein horrendes Vorstrafenregister und haben ihre Sitze durch Wahlbetrug, mit gezogenen Gewehren und unter Anwendung von Einschüchterungsmaßnahmen erlangt.

Human Rights Watch hat am 27. September 2006 folgende Aussage gemacht: "Warlords mit einer Vergangenheit von Kriegsverbrechen und besonders ernsten Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung während des afghanischen Bürgerkriegs in den 1990er Jahren, wie die Parlamentarier Abdul Rabb al Rasul Sayyaf und Burhanuddin Rabbani, General Abdul Rashid Dostum, und der gegenwärtige Vize-Präsident Karim Khalili, wurden Machtpositionen zugewiesen, was eine Demütigung für die afghanische Bevölkerung bedeutet."

Ich könnte weit mehr zur schrecklichen Situation in Afghanistan berichten, aber ich denke, dass man ausgehend von den obigen Beschreibungen selbst beurteilen kann, in welcher gefährlichen Lage sich Afghanistan befindet. Es liegt auf der Hand, dass der Westen nicht wirklich an Frieden und Stabilität in unserem Land interessiert ist.

*Am 15. September finden große Friedensdemonstrationen gegen die deutsche militärische Beteiligung in Deutschland statt. Nach Angaben von Meinungsumfragen (Forsa), spricht sich die Mehrheit der deutschen Bevölkerung, 77 %, für einen Rückzug der deutschen Truppen von Afghanistan aus. Nichtsdestotrotz zieht die deutsche Regierung eine Beendigung der Militärmission in Afghanistan nicht in Betracht. Wie bewertet die lokale Bevölkerung in Afghanistan die Gegenwart deutscher und anderer westlicher Truppen in Ihrem Land?*

Wie ich schon oben erwähnte, sind die Afghanen mit der jetzigen Situation extrem unzufrieden und leiden unter dem Krieg. Am Anfang wurde der Bevölkerung viel versprochen, aber in Wirklichkeit ergaben sich keine Verbesserungen. Mittlerweile hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass der Westen nur für seine eigenen strategischen und politischen Interessen in Afghanistan eintritt und das Leid der Menschen die internationale Gemeinschaft nicht wirklich tangiert.

Die Bevölkerung Afghanistans war anfangs voller Hoffnung auf ein besseres Leben, aber gegenwärtig sind alle ihre Hoffnungen zerstört, weil sie sehen, dass die westlichen Truppen zwar gegen die Taliban kämpfen, aber gleichzeitig die Nordallianz mit Milliarden US-Dollar unterstützen, obwohl die Nordallianz sogar schlimmer als die Taliban ist. Deshalb machen die Leute sich lustig über den „Krieg gegen den Terror“, weil der Westen eine terroristische Gruppierung unterstützt, um andere Terroristen zu bekämpfen.

Viele Afghanen sind sehr wütend über die hohe Zahl an zivilen Opfern und lehnen die Präsenz ausländischer Truppen aus diesem Grund ab. Hauptkritikpunkt ist, dass die Truppen aus anderen Ländern, einschließlich Deutschland, genau die Strategie und den Weg der USA verfolgen, so dass nicht-amerikanische westliche Truppen in den Augen der Menschen keine eigene, unabhängige Identität haben.

Das ausschlaggebende Kriterium für die Menschen in Afghanistan ist, ob diese Länder die Taliban und die Nordallianz bekämpfen oder nicht. Leider haben wir aber noch kein Land gesehen, das irgendein ablehnendes Wort über die Nordallianz ausgesprochen hätte, obwohl diese als genauso gefährlich für Afghanistan wie die Taliban gelten.

Meine Landsleute wissen, dass Deutschland und andere Länder ihre Truppen auf Druck der USA nach Afghanistan geschickt haben, um zu demonstrieren, dass der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan ein internationales Engagement gegen Terroristen ist. In der Realität sind diese Truppenmitglieder also selbst Opfer, denn das Blut dieser Soldaten wird nicht zum Nutzen der afghanischen Bevölkerung vergossen, sondern zum Nutzen der USA.

Die deutschen Truppen, die in Nordafghanistan stationiert sind, pflegen freundliche Beziehungen mit den lokalen Warlords und Befehlshabern, um blutige Auseinandersetzungen zu vermeiden. Währenddessen ist die Situation unter den lokalen Befehlshabern zugespitzt, die Einheimischen werden von ihnen mit Waffengewalt eingeschüchtert und brutalisiert.

Vor einigen Monaten gab es blutige Kämpfe zwischen General Dostum und seinen Widersachern. Jeder Warlord hat seine eigene lokale Regierung geschaffen, so dass der General keine Kontrolle hat und nicht einmal auf die Offiziellen Einfluss nehmen kann.

Ich will also nochmals betonen, dass Afghanen keinen relevanten Unterschied zwischen dem militärischen Engagement der USA und anderen Ländern in Afghanistan erkennen können. Sie verfolgen dieselbe Strategie, die sich bereits als falsch und desaströs für das Land und seine Menschen erwiesen hat.

*Welche Veränderungen erwarten Sie, wenn kein ausländisches Militär mehr in Afghanistan stationiert wäre? Wie ernst ist die Gefahr einzuschätzen, dass Warlords die komplette Kontrolle über Afghanistan wiedererlangen?*

Keine Frage, Afghanistan braucht internationale Hilfe, um sich aus dem Sumpf zu ziehen und den Wiederaufbau zu leisten, aber wir wollen keine Besatzung. Afghanen haben eine lange Geschichte, in der sie gegen ausländische Invasionen und Besatzungen gekämpft haben. Heutzutage ist Afghanistan ganz klar von einer Invasion betroffen und die ausländischen Truppen spielen mit dem Schicksal der afghanischen Bevölkerung. Sie opfern die Menschen für ihre eigenen Interessen.

Die Geschichte hat gezeigt, dass keine Nation einer anderen Befreiung bringen kann, es liegt in der Pflicht und Verantwortung unserer eigenen Menschen, für Frieden und Demokratie zu kämpfen. Bevölkerungen anderer Länder mögen uns dabei lediglich die Hand reichen.

In Wirklichkeit hat die US-Invasion nichts Positives für die Menschen gebracht, sondern die Situation noch weiter kompliziert. Sie hat die Nordallianz aufgerüstet und mächtiger

gemacht, nachdem sie von den Taliban fast besiegt worden war, aber jetzt gibt sogar Herr Karzai zu, dass sie eine größere Gefahr für Afghanistan darstellt als die Taliban.

Wenn also in der gegenwärtigen Situation die ausländischen Truppen Afghanistan verließen, könnte wieder ein Bürgerkrieg ausbrechen, da beide Seiten (Taliban und NA) voll bewaffnet und von ausländischen Regierungen unterstützt werden.

Ich denke, dass die Möglichkeit eines Bürgerkriegs dann minimiert werden kann, wenn die folgenden drei bedeutsamen Schritte berücksichtigt werden.

- Die Nordallianz muss entmachtet und ernsthaft entwaffnet werden. In dieser Weise wurde der Warlord Ismael Khan vor einigen Jahren erfolgreich entwaffnet, nicht durch Prozesse wie DDR und DIAG (offizielle Demobilisierungsprogramme), die ein Witz und völlig nutzlos sind.

- Die Internationale Gemeinschaft und die UN müssen ernsthaft Länder wie Pakistan, Iran, Russland, Usbekistan u.a. beobachten und sie dabei stoppen, Waffen zu schicken und andere Formen von Unterstützung für die Taliban oder die Nordallianz zu leisten.

- Die Internationale Gemeinschaft muss die demokratischen Kräfte und Individuen unterstützen, die jahrzehntelang unterdrückt wurden, so dass sie Alternativen für Afghanistan erarbeiten können. Leider sind in dieser Richtung in den letzten Jahren keine Anstrengungen unternommen worden, die Warlords haben demokratische Institutionen weiterhin marginalisiert.

Ausländische Interventionen sind keine Lösung für die desaströse Situation in Afghanistan. Ein dauerhafter Frieden in Afghanistan kann nur mit der Beteiligung der eigenen Bevölkerung erreicht werden, auch wenn dieser Prozess länger dauert. Viele Afghanen meinen, dass die USA Afghanistan in der gegenwärtigen Lage halten wollen, um eine langfristige Präsenz in der Region zu festigen und eine Basis für die Kontrolle der zentralasiatischen Republiken, China, Iran und andere asiatische Mächte zu etablieren.

Ich denke, dass die Truppen nicht freiwillig abziehen werden, sie könnten aber in nächster Zukunft Widerstand von der afghanischen Bevölkerung erfahren, denn im Moment sind anti-amerikanische Einstellungen unter der Bevölkerung sehr verbreitet, weil die Jahre des Kriegs und der Gewalt sich tief in das Bewusstsein der Menschen eingegraben haben. Den Menschen ist bewusst, dass die USA sie in diese Krise manövriert haben, da sie während des Kalten Krieges Milliarden von Dollar in die Taschen von brutalen islamistischen Kräften geschüttet haben und dadurch das Erwachen der Taliban und Al-Quaida erst ermöglicht haben. Und heute unterstützen sie die Nordallianz. Die USA haben schon immer die Feinde der Afghanen unterstützt und alle terroristischen Gruppierungen sind in Wirklichkeit Produkte der USA.

*Was erwarten Sie von Ihrem Besuch in Deutschland und bei der Partei DIE LINKE?*

Der Hauptpunkt, den ich gegenüber den Deutschen stark machen möchte, ist, dass sie den Berichten der westlichen Medien über die sogenannte Befreiung Afghanistans nicht Glauben schenken sollen. Sie sollten wissen, dass heute Afghanistan und seine Menschen Gefangene der wahnsinnigen Taliban und der kriminellen Nordallianz sind. Ich möchte ihnen die Realität der afghanischen Menschen näher bringen und deutlich machen, dass wieder einmal der Westen unsere Nation betrogen hat.

Ich möchte auch erklären, dass die deutschen Truppen Opfer der US-Politik sind. Es tut mir leid, wenn deutsche Soldaten sterben müssen, während ihre Tode unserer Bevölkerung gar nichts bringen. Ich möchte die Deutschen auffordern, Druck auf ihre Regierung auszuüben und eine unabhängige Politik gegenüber Afghanistan auszuarbeiten, anstatt ein Werkzeug zur Durchsetzung der geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen der USA in der Region zu sein.

Auch möchte ich die Deutschen auffordern, Druck auszuüben, damit ihre Regierung nicht mehr das Geld und die Unterstützung für die korrupte afghanische Regierung in Afghanistan bereitstellt, denn Milliarden von Dollar fließen tatsächlich in die Taschen von Warlords und der Mafia, welche die Bevölkerung unterdrücken. Stattdessen sollte die deutsche Regierung ihre Ressourcen an demokratische und unabhängige Institutionen in Afghanistan leiten.

Zum Schluss möchte ich meine deutschen UnterstützerInnen dazu auffordern, mir moralischen und materiellen Beistand zu leisten, damit ich meinen Kampf gegen Ungerechtigkeit, für Frauenrechte und Demokratie in Afghanistan weiter führen kann. Ich möchte sie wissen lassen, dass, obwohl mich Millionen von Menschen unterstützen und von mir erwarten, dass ich etwas für sie tue, ich über keine finanzielle Basis verfüge, um meine Projekte zu bestreiten und meine Hilfe für meine unglücklichen Landsleute auszudehnen. Ich werde also um ihre Hilfe und Spenden bitten.

***18.9.2007, Spendenaufruf***

---

## **Spendenaufruf für Malalai Joya**

### **DIE LINKE unterstützt die Spendensammlung der afghanischen Frauenrechtlerin für ein Gesundheitszentrum und eine Geburtsklinik in der westafghanischen Provinz Farah**

Die afghanische Frauenrechtlerin und Parlamentarierin Malalai Joya besucht vom 18. bis 22. September auf Einladung der Fraktion DIE LINKE Berlin und wirbt um Unterstützung für ihre humanitären Projekte in ihrer Heimatprovinz Farah im Südwesten Afghanistans.

Malalai Joya ist die bekannteste Politikerin Afghanistans. Sie kämpft für die Rechte der afghanischen Frauen und gegen die Macht von Islamisten und Warlords. Dafür erhielt sie von den Wählerinnen und Wählern der Provinz Farah bei den Parlamentswahlen 2005 ein überzeugendes Mandat. Ihre deutliche Kritik an der Regierung und an der Präsenz von Kriegsverbrechern im Parlament wurde im Mai 2007 mit dem Entzug ihres Mandats bestraft. Malalai Joya akzeptiert dieses Verfahren nicht. Mit ihr gemeinsam kämpfen Menschenrechtsorganisationen weltweit für die Rückgabe des Mandats und für die Umsetzung grundlegender demokratischer Rechte für Frauen und eine friedliche Entwicklung in Afghanistan.

Für ihre politische Arbeit sowie medizinische und Bildungsprojekte benötigt Malalai Joya dringend finanzielle Unterstützung. Die Spenden werden für folgende Gesundheitsprojekte, die spezifisch auf die Bedürfnisse von Frauen und Kindern abgestimmt sind, eingesetzt:

## 1. Hamoon Gesundheitszentrum, Farah City

Afghanistan ist eines der Länder, in dem die Bevölkerung einen sehr minimalen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung hat. Obwohl die internationale Gemeinschaft seit dem Sturz des Taliban-Regimes 2001 dem Aufbau des Gesundheitssystems in Afghanistan einen hohen Stellenwert eingeräumt hat, haben abgelegene Landesteile, wie Farah, so gut wie keine Aufmerksamkeit



von internationalen Hilfsorganisationen erfahren. Abgesehen von einem Zentralkrankenhaus in Farah City gibt es in Farah keine flächendeckende Gesundheitsversorgung. Im Juni 2003 hat Malalai Joya deshalb die Hamoon Klinik für Frauen und Kinder eröffnet, deren Hauptziel es ist, eine medizinische Grundversorgung für die Bewohnerinnen und Bewohner von Farah herzustellen, besonders aber für Frauen, denen bisher der Zugang zu einer medizinischen Grundversorgung oftmals von den Männern verwehrt wird. Viele Frauen und Kinder sterben an einfachsten Infektionen, weshalb die Klinik Medikamente kostenlos verteilt. Leider ist die Klinik chronisch unterversorgt und immer wieder von Schließung bedroht. Bei einem Jahresbudget von nur rund 60.000 USD kann jede Spende einen großen Einfluss auf die Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Frauen und Kinder nehmen.

## 2. Geburtsklinik in Farah City

Die meisten Frauen bringen ihre Babys zuhause zur Welt, ohne jegliche medizinische Versorgung, und erleiden infolgedessen schwere Erkrankungen, die bis zum Tod führen können. Viele Frauen und Kinder sind chronisch unterernährt und weisen Mangelerscheinungen auf. Die Geburtsklinik hat zum Ziel, die Gesundheitsbedingungen für die Frauen von Farah City zu verbessern, besonders für schwangere Frauen. Ferner sollen Impfungen und Lebensmittel für ca. 2.000 Kinder und Säuglinge durchgeführt werden. Etwa 200 Frauen und Mädchen sollen ein Grundtraining über einfache Gesundheitsthemen und weitere 200 Frauen sollen ein Training für die traditionelle Geburtsbetreuung erhalten.

Die Spenden gehen an die Organization for Promoting Afghan Woman Capabilities (OPAWC), [www.geocities.com/opawc](http://www.geocities.com/opawc), deren Geschäftsführerin Malalai Joya ist.

Überweisung bitte an folgendes Empfängerkonto:  
Partei Vorstand DIE LINKE; Kontonummer 0013225731;  
BLZ 10050000; Berliner Sparkasse; Kennwort: MALALAI JOYA  
Der Partei Vorstand stellt auf Wunsch Zuwendungsbescheinigungen  
für steuerliche Zwecke aus.

Malalai Joya bedankt sich ganz herzlich für jede Spende!

## **Besatzung statt Befreiung** **Veranstaltung der Linksfraktion in der Berliner Volksbühne**

Aus der öffentlichen Sphäre sind Frauen verbannt. Berufstätige Frauen werden mit dem Tod bedroht, Mädchen wie Gebrauchsgegenstände gehandelt und zwangsverheiratet. Selbstverbrennungen sind an der Tagesordnung. Selmin Çalışkan von der Frauenrechtsorganisation medica mondiale zeichnete ein düsteres Bild der gegenwärtigen Situation der Frauen in Afghanistan nach sechs Jahren Besatzung. Sie kritisierte die Rolle der internationalen Gemeinschaft: „Das Patriarchat sitzt im Auswärtigen Amt“. Gerade mal 1,7 Millionen von 80 Millionen Euro ziviler Hilfe gehen direkt an Frauen. Allein der ISAF-Einsatz der Bundeswehr kostet jährlich 500 Millionen.

Die Diskussion in der Berliner Volksbühne fand am Vorabend der Bundestagsdebatte über eine Verlängerung des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr statt. Malalai Joya sagte, die afghanische Bevölkerung nehme die ausländischen Truppen mittlerweile als Besatzung, nicht als Befreier wahr: Die USA und ihre Verbündeten hätten zwar die Taliban gestürzt, dafür aber mit Fundamentalisten, Kriegsverbrechern und Drogenbaronen paktiert, die die Rechte der Frauen und Menschenrechte ebenso mit Füßen treten wie die Taliban. Dr. Matin Baraki, Dozent der Universität Marburg, forderte, die Nord-Allianz zu entwaffnen und zu entmachten, sowie die Nachbarstaaten in eine politische Lösung der Krise in Afghanistan einzubeziehen.



Malalai Joya diskutiert mit (von links) Monika Knoche, Selmin Çalışkan, Heike Hänsel und Matin Baraki

Malalai Joya berührte die 120 Zuhörenden auch mit persönlichen Erfahrungen: Seit ihrer Rede in der verfassungsgebenden Versammlung, in der sie die Kriegsverbrecher und Drogenbarone frontal angriff, lebt sie mit der Bedrohung durch ihre Feinde. „Die Fundamentalisten wollen mich vernichten“, sagt sie. Deshalb wechselt sie ständig den Wohnort, vier Anschläge hat sie

überlebt. Selbst im Parlament wurde sie von anderen Abgeordneten bedroht – bevor man ihr verfassungswidrig das Mandat entzog.

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der LINKEN, appellierte am Ende der Veranstaltung, den internationalen Schutz für Malalai Joya zu organisieren, und stellte zwei Initiativen vor: DIE LINKE verlangt in einem offenen Brief an den afghanischen Präsidenten die Rückgabe des Mandats an Malalai Joya. Außerdem soll ein Netzwerk von Parlamentarierinnen und anderen Unterstützern gebildet werden.

*Bericht: Alexander King (in: Querblick Nr. 4/2007)*

## **Entwicklungspolitisch kontraproduktiv: die deutsche EU- und G8-Präsidentschaft**

***Hüseyin Aydin: Offener Brief an die Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul***

Sehr geehrte Frau Kollegin, liebe Frau Wieczorek-Zeul,

haben Sie vielen herzlichen Dank für Ihren Brief vom 16. Juli, in dem Sie eine entwicklungspolitische Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sowie der G8-Präsidentschaft ziehen. Ich habe Ihr Schreiben, insbesondere Ihren Dank für die die auch kritische Zusammenarbeit und politische Impulse im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, erfreut zur Kenntnis genommen. Politik „lebt“ von der kritischen und konstruktiven Auseinandersetzung mit Argumenten und Positionen - auch und gerade von Expert/-innen und Politiker/innen, deren Analyse zu anderen Ergebnissen kommt, und die politische Entwicklungen aus einer anderen Perspektive beurteilen als die Regierung. Dies gilt auch für die Entwicklungspolitik Deutschlands und der EU.

Ich nehme daher Ihren Brief gern zum Anlass, die von Ihnen begrüßte politische Auseinandersetzung konstruktiv fortzuführen, kritisch in der Sache, aber stets orientiert am gemeinsamen Ziel, das wir trotz allen inhaltlichen und politischen Differenzen teilen: die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Situation der Menschen in den Partnerländern deutscher und europäischer Entwicklungspolitik und –Zusammenarbeit zu verbessern.

Auch wenn die Bundesregierung die EU-Ratspräsidentschaft übergeben hat, so endet damit nicht die politische Verantwortung Deutschlands, und es bestehen nach wie vor Möglichkeiten der politischen Einflussnahme auf den Kurs und die konkrete Ausgestaltung der europäischen Entwicklungspolitik. Hierzu besteht auch aller Anlass: Nach Ansicht unserer Fraktion sowie nach Meinung zahlreicher Expert/-innen aus dem entwicklungspolitischen Spektrum sind die „neuen Impulse“ der Ratspräsidentschaft, die Sie in Ihrem Brief betonen, weit hinter den Erwartungen und Bedürfnissen der Menschen in den Partnerländern des Südens zurückgeblieben. Für die Zukunft sind nicht lediglich größere entwicklungspolitische Anstrengungen, sondern zum Teil sogar weit reichende Kurskorrekturen nicht nur in der Entwicklungspolitik notwendig, damit Deutschland und EU ihren Möglichkeiten und ihrer Verantwortung zur Gestaltung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung gerecht werden, die den Gesellschaften im Süden eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht.

Um die erfolgreiche Arbeit der deutschen Präsidentschaften, vor allem der EU-Ratspräsidentschaft, zu belegen, haben Sie in Ihrem Brief einige Themen der entwicklungspolitischen Debatten der G8 und der EU hervorgehoben, zu denen die im Mai 2007 veröffentlichten Schlussfolgerungen des Rates vorliegen. Sie betonen, dass es nun darum gehe, die gefassten Beschlüsse umzusetzen und politisch auszugestalten. Meine Fraktion und ich können Ihre positive Einschätzung zum bisher Erreichten nicht teilen. So erschöpfen sich die Ergebnisse des G8-Gipfels für Afrika darin, dass bereits 2005 „verbindlich“ getroffene Zusagen zur Erhöhung der ODA-Quoten wieder „aufgewärmt“ wurden, und die G8-Initiative zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten bietet bei kritischer Betrachtung wenig Anlass zu Euphorie. Auch die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, mit denen Weichenstellungen in vielen Bereichen eingeleitet wurden,

beurteilen wir als höchst unzureichend und in Teilen als entwicklungspolitisch kontraproduktiv. Dies betrifft u. a. die Schlussfolgerungen zum energiepolitischen Aktionsplan für Afrika, die Schlussfolgerungen zur Bekämpfung von HIV/Aids – in diesen und anderen Feldern besteht zum Teil erheblicher „Nachbesserungsbedarf“.

In anderen Bereichen, wie z.B. der qualitativen Verbesserung und Koordination der (europäischen) Entwicklungspolitik und den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) mit den AKP-Staaten (s. u.) ist unsere Kritik grundsätzlicher.

In diesem Brief ist es mir nicht möglich, in angemessener Form auf alle Themen einzugehen, unsere inhaltlichen und politischen Einwände vorzubringen, geschweige denn, Alternativ-Vorschläge aufzuzeigen. Auch kann und soll der Brief nicht die parlamentarische und öffentliche Diskussion ersetzen, die für die – auch von Ihnen angemahnte - „politische Ausgestaltung“ der Beschlüsse notwendig sein wird. Ich möchte dennoch die Gelegenheit ergreifen, zwei grundlegende Aspekte anzusprechen, aus deren Grund DIE LINKE die deutschen Präsidentschaften nicht als entwicklungspolitische Erfolge sehen kann:

1) Zum einen betrifft dies die zunehmende Ausrichtung der europäischen (und insgesamt der internationalen) Entwicklungspolitik an wirtschaftsliberalen Prämissen und Kriterien, die wir politisch für falsch halten und die – was für die Menschen des Südens wesentlich wichtiger ist – an den örtlichen Realitäten und Erfordernissen vorbeigehen und eine nachhaltige Entwicklung zum Teil sogar gefährden.

2) Zum anderen stellt DIE LINKE eine zunehmende Intransparenz bei der Umsetzung entwicklungspolitischer Zielvereinbarungen auf europäischer Ebene fest – besonders dann, wenn wie im Fall der WPA (s. u.) davon wirtschafts- und handelspolitische Interessen betroffen sind. Die äußerst vagen Formulierungen, die wie im Fall der aktuellen entwicklungspolitischen Schlussfolgerungen des EU-Rates große Interpretations- und Handlungsspielräume auf Regierungsebene erlauben, stehen nicht nur einer sachorientierten und konstruktiven Auseinandersetzung zur Gestaltung der europäischen Entwicklungspolitik im Wege. Problematischer ist, dass dadurch die Implementierung konkreter Politikstrategien der Kritik und Kontrolle von Zivilgesellschaften und Parlamenten entzogen wird.

### **1) Zur Ausrichtung der europäischen Entwicklungspolitik:**

Gegenwärtig lassen die Schlussfolgerungen des Rates (und andere offizielle Verlautbarungen) eine europäische entwicklungspolitische Strategie nur in Umrissen erkennbar werden. Diese bewegt sich nach unserer Lesart zurzeit im Spannungsfeld zwischen entwicklungspolitischem Anspruch und handels- und wirtschaftspolitischen Realitäten bzw. Interessen. Wir beobachten mit Sorge, dass Letztere zunehmend in den Vordergrund rücken, und dass auch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft diesen Trend nicht umgekehrt hat.

Auf der „entwicklungspolitischen Seite“ steht die Unterstützung von Initiativen, die sich an den Zielen der menschlichen Entwicklung orientieren, wie sie u. a. in den Millennium Development Goals (MDG) definiert wurden, und die Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung, zur Bildung, zur Gleichstellung von Frauen und zur Ernährungssicherheit umfassen. Neben diesen „klassischen“ entwicklungspolitischen Themenfeldern wird der Aufbau transparenter, an Prinzipien „guter

Regierungsführung“ und demokratischer Partizipation ausgerichteter politischer Strukturen und Institutionen unterstützt, die den Staaten des Südens eine eigenverantwortliche, an den Interessen und Bedürfnissen ihrer Bevölkerungen ausgerichteten Entwicklung ermöglichen sollen (Stichwort: „Ownership“). Wir begrüßen grundsätzlich, dass in dem Zusammenhang verstärkt auch die Bedeutung sozialer und ökologischer Standards im Bereich der Wirtschaft adressiert werden – wie z.B. im Rahmen von Transparenzinitiativen wie der EITI (Extractive Industries Transparency Initiative).

Allerdings klafft eine deutliche Lücke zwischen Rhetorik und Handeln: Gerade die Maßnahmen, die in den Staaten des Südens zum Aufbau tragfähiger und unabhängiger – d.h. auch von den Geberstaaten unabhängiger - Regierungs- und Wirtschaftsstrukturen beitragen, werden finanziell, technisch und politisch nicht angemessen gefördert: Der Neuen Ökonomischen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) – deren Bedeutung für den Kontinent in buchstäblich jedem entwicklungspolitischen Dokument der EU (auch des BMZ) unterstrichen wird – werden aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) für die Jahre 2007 – 2013 lediglich 3 Mrd. Euro in Aussicht gestellt. Da NEPAD in den letzten Jahren deutlich an Dynamik verloren hat, stehen EU und Mitgliedstaaten in der Pflicht, gemeinsam mit afrikanischen Staaten den politischen Prozess (wieder) zu beleben. NEPAD ist aus Sicht der LINKEN nicht unproblematisch, bietet dennoch Erfolg versprechende Reformansätze. NEPAD benötigt mehr Geld aber auch – kritische - politische Unterstützung, die über wohlfeile Symbolik hinausgeht.

Der Verweis darauf, dass NEPAD u. a. auch von der Weltbank gefördert wird, und dass EU, EU-Mitgliedstaaten und andere Geber auch „Governance- Projekte“ in zahlreichen Staaten bilateral fördern, ist richtig, darf aber nicht vom Bemühen ablenken, NEPAD „besser zu machen“ und stärker zu unterstützen. NEPAD, der African Peer Review Mechanism und andere Kapazitätsbildungs- und „Governance“-Initiativen zum Aufbau eigenständiger und verantwortlicher Regierungsstrukturen sind ein zentraler Baustein für nachhaltige Entwicklung. Kapazitätsbildung ist wichtig, da allein eine quantitative Erhöhung von EZ-Transfers die Probleme Afrikas nicht lösen wird. Wir erkennen an, dass das BMZ – bei aller Kritik, die DIE LINKE im Einzelnen an der Politik Ihres Ministeriums hat – diese Probleme erkannt und thematisiert hat. Leider sind nach unserer Interpretation entsprechende Ansätze auf der europäischen Ebene deutlich verwässert worden.

Grundsätzlicher ist unsere Kritik an der wirtschaftsliberalen Ausrichtung der deutschen und besonders der europäischen Entwicklungspolitik. Das Problem, dass Entwicklungspolitik durch Weichenstellungen in den „harten“ Politikfeldern der Handels- und Wirtschaftspolitik (z.B. durch Setzung ökonomischer Rahmenbedingungen auf WTO-Ebene) oder der Agrarpolitik (z.B. durch Schutzzölle und Subventionen in den Staaten des Nordens) konterkariert wird, hat eine lange Tradition. Die Forderung nach politischer Kohärenz, wie dies das BMZ fordert und wie dies im Entwicklungskonsens von Monterrey (2002) akzeptiert wurde, ist zwar von der EU aufgegriffen worden. Unserer Meinung nach wird die Kohärenz aber unter neoliberalen Prämissen und Bedingungen der Wirtschafts- und Handelspolitik hergestellt – und somit die ursprüngliche Intention von Monterrey in ihr Gegenteil verkehrt: Anstelle bspw. den Ländern des Südens entwicklungspolitisch gerechtfertigte Ausnahmeregelungen von WTO-Regeln oder Maßnahmen der wirtschaftlichen Strukturanpassung einzuräumen, die erwiesenermaßen zu massiven sozialen Verwerfungen (und zu ökonomischen Problemen) geführt haben, geschieht das Gegenteil.

Konzeptionell und in der Praxis wurde die europäische (insgesamt die internationale) Entwicklungspolitik in den letzten Jahrzehnten sukzessive an die neoliberalen Agenden und Interessen der Industrie- und Geberstaaten und die Internationalen Finanzinstitutionen angeglichen. Auch wenn die „Strukturanpassungsprogramme“ der 1980er und frühen 1990er Jahre jetzt als „Armutreduzierungsstrategien“ (PRS) bezeichnet und mit sozialen Programmen flankiert werden, so enthalten sie im Kern die gleichen Maßnahmen: Privatisierung von Staatseigentum und Auslagerung öffentlicher Daseinsvorsorge an nicht-staatliche Akteure (auch in Form sog. Public-Private-Partnerships). Wir leugnen nicht die Probleme wie Misswirtschaft, Korruption und Klientelismus, die v. a. in Afrika infolge von – oft zur politischen Machtsicherung missbrauchtem – Staatsinterventionismus entstanden. Allerdings ist heute empirisch belegt, dass die Privatisierungsprogramme der 1990er Jahre (nicht nur) in Afrika Intransparenz und Korruption vielfach sogar verschärft haben. Die Privatisierung des Rohstoffsektors in der DR Kongo ist nur ein, wenn auch drastisches Beispiel. Vor dem Hintergrund der negativen Erfahrungen, die u. a. bei der Privatisierung der Wasserversorgung in Südamerika gemacht wurden, ist es für uns unverständlich, warum die deutsche Entwicklungspolitik, die im Bereich der Wasserversorgung in vielen Staaten Afrikas zur „Lead Agency“ geworden ist, in vielen Staaten auf – so wörtlich – „Kommerzialisierung“ der öffentlichen Ressource Wasser setzt. Anstelle staatliche Strukturen und Kapazitäten der Daseinsvorsorge zu zerschlagen, sollte der Schwerpunkt auf ihrer Reform liegen.

Deutlich wird der neoliberale Kurs der Entwicklungspolitik im Konzept der handelsorientierten Entwicklung. „Mehr Handel = mehr Entwicklung“; dass diese Gleichung nur unter Inkaufnahme hoher sozialer und sozio-ökonomischer Kosten aufgeht, zeigt sich in vielen Staaten, die in großem Stil Sonderwirtschafts- und -Exportzonen eingerichtet haben. Tatsächlich konnten Exportzahlungen gesteigert und ausländische Investoren ins Land geholt werden – allerdings zum Preis einer massierten Informalisierung der Wirtschaft, der Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte und des beschleunigten Niedergangs der Wirtschaftsbereiche und Unternehmen, deren Produktion nicht auf den Export von arbeitsintensiv hergestellten (und oft für die Weiterverarbeitung im Norden bestimmten) Gütern ausgerichtet ist. Die „Antwort“ der EU auf diese Probleme erschöpft sich im Ausbau der handelsbezogenen (Entwicklungs-) Hilfe (Trade Related Assistance; TRA). Aus unserer Sicht besteht die Gefahr, dass auch dieses Instrument mehr zum Teil des Problems wird, als zu dessen Lösung beizutragen (s. u.). In der aktuellen Ausgestaltung tragen deutsche und europäische Entwicklungspolitik nicht zur „gerechten Gestaltung der Globalisierung“ bei. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass die Entwicklungspolitiken der EU und ihrer Mitgliedstaaten endgültig zum Appendix europäischer Handels- und Wirtschaftspolitik werden.

## **2) Zum Problem zunehmender Intransparenz**

Die EU entwickelt sich zunehmend zum (nicht nur) entwicklungspolitischen Akteur. Neben den Möglichkeiten der Politikgestaltung auf EU-Ebene, die durch Mittel aus dem EU-Haushalt und dem EEF finanziert werden, ist die EU bemüht, die nationalen Entwicklungspolitiken ihrer Mitgliedstaaten enger zu verzahnen. Die Abstimmung der Politikstrategien und die Koordination bilateraler Mitteltransfers in die Staaten des Südens soll die „Effektivität“ erhöhen und Konkurrenzen zwischen den Mitgliedstaaten verringern. Auch unter der deutschen Ratspräsidentschaft standen Themen der Geberkoordination und der Formulierung gemeinsamer Strategien auf der Tagesordnung. In der Theorie ist eine kohärente europäische Entwicklungspolitik zweifellos sinnvoll.

Die Praxis der Gegenwart ist allerdings durch ein erhebliches Defizit an Transparenz gekennzeichnet. Die Umsetzung entwicklungspolitischer Zielvereinbarungen auf EU-Ebene entzieht sich weitgehend der politischen und öffentlichen Kontrolle – auf nationaler wie auf europäischer Ebene. An den „Schlussfolgerungen des Rates“, die die Ergebnisse der Ministerkonferenz der „Entwicklungsministerien“ dokumentieren, tritt dies deutlich zu Tage: Die Dokumente erwecken auf den ersten Blick den Eindruck (noch) unverbindlicher Handlungsempfehlungen, wobei häufig – auch im Fall der im Mai 2007 verabschiedeten Schlussfolgerungen - klare und verbindliche Aussagen zu konkreten Maßnahmen und/oder Instrumenten fehlen. Sie öffnen damit - erstens - weite Spielräume für Spekulationen darüber, was die EU jenseits der Schlagworte („Nachhaltigkeit“, „gute Regierungsführung“ usw.) „wirklich will“. Sie erschweren damit eine sachorientierte, konstruktive und kritische Auseinandersetzung in Parlamenten und Zivilgesellschaften zur Gestaltung der europäischen Entwicklungspolitik.

Die inhaltliche und politische Unklarheit verweist – zweitens - auf ein erhebliches Demokratiedefizit: Denn trotz der mangelnden sachlichen Präzision stellen die Schlussfolgerungen keine „Diskussionsgrundlage“ mehr dar. Wenn Sie in Ihrem Brief von der „politischen Ausgestaltung“ sprechen, so bedeutet dies in der Praxis nicht, dass eine inhaltliche Konkretisierung eines entwicklungspolitischen „Rahmenprogramms“ vorgenommen wird, auf die nationale Parlamente und Öffentlichkeit noch direkt Einfluss nehmen können. Stattdessen geht es bei der „Ausgestaltung“ um die konkrete Umsetzung von Politik. Dabei eröffnen die vagen Formulierungen der Schlussfolgerungen allerdings erhebliche Interpretations- und Handlungsspielräume auf der EU- und Regierungsebene, die nach unserer Beobachtung vor allem dann genutzt werden, wenn nicht nur entwicklungspolitische sondern auch handels- und wirtschaftspolitische Gegenstände (und Interessen) berührt sind.

Dies trifft insbesondere für die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) für die Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP), die ich daher beispielhaft herausgreife: Meine Fraktion und ich haben erhebliche sachliche und politische Bedenken, ob die darin eingeschlagenen Weichenstellungen der Handelsliberalisierung und Marktöffnung „entwicklungsunterstützende Instrumente“ darstellen, die den Bedürfnissen der Ökonomien und Gesellschaften des Südens gerecht werden. Unsere Kritik an der Durchsetzung der WPAs sowie unsere Befürchtungen zu deren wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen haben wir in einem Antrag (BT Drs. 16/3193) ausführlich erläutert. Ihr Brief, in dem Sie die wirtschaftliche und soziale „Verträglichkeit“ der abzuschließenden Abkommen betonen, u. a. durch „lange Übergangslaufzeiten“, gibt zwar Anlass zur Annahme, dass die Einwände unserer Fraktion, die Kritik von Entwicklungs- und Wirtschaftsexpert/-innen sowie der Regierungen und Zivilgesellschaften der betroffenen Staaten ernst genommen wurde.

Allerdings bleiben Ihr Schreiben und die EU-Schlussfolgerungen vom Mai 2007 in entscheidenden Punkten Erklärungen schuldig: Wie lang werden die Übergangszeiten sein? Wie sollen im Einzelnen Sozial- und Wirtschaftsverträglichkeit der Marktöffnung in den Partnerstaaten – die höchst heterogen sind - gewährleistet werden? Konkrete Angaben können natürlich erst nach Abschluss der Verhandlungen gemacht werden, nicht akzeptabel ist allerdings, dass nicht einmal der von der EU anvisierte Verhandlungsrahmen zu diesen Punkten öffentlich zur Diskussion gestellt wird. Der Rat der EU will zudem, dass Herkunftsregelungen, Umwelt- und Sozialstandards in die WPAs aufgenommen werden. Dies ist prinzipiell zu begrüßen, doch haben die meisten der afrikanischen, pazifischen und karibischen Volkswirtschaften derzeit nicht die Kapazitäten,

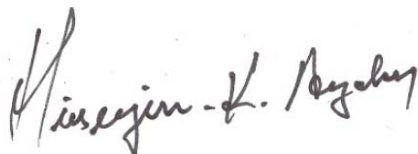
diese Standards auch einzuhalten. Ohne Übergangsfristen und Kompensationszahlungen sowie institutionelle Hilfsprogramme kommen diese Standards faktisch nicht-tarifären Handelshemmnissen gleich. Die öffentlich zugänglichen Dokumente der EU, des BMZ und der Bundesregierung geben nicht hinreichend Auskunft darüber, mit welchen Instrumenten diese Konsequenzen verhindert werden können. Die Zusage der EU, den Partnerstaaten im Gegenzug eine Aufstockung der handelsbezogenen Hilfe (Trade Related Assistance) bis 2010 auf jährlich 2 Mrd. Euro zu gewähren, ist in Anbetracht der Tatsache, dass 78 AKP-Staaten mit umfassender Marktöffnung, d.h. mit der Konkurrenz (nicht nur) europäischer Unternehmen, und administrativen und institutionellen Anpassungsleistungen, z.B. der Angleichung von gesetzlichen Standards, konfrontiert sein werden, eine sehr geringe Summe. (Und für die Schlussfolgerungen des Rates zur Handelshilfe gilt Ähnliches: Die erweiterten Kriterien der Handelshilfe (Kriterien der WTO-Task Force) sind äußerst unklar, schließen theoretisch Hilfen – wie z.B. den „Aufbau von Produktionskapazitäten“ - ein, die auch DIE LINKE als sinnvoll und notwendig erachtet. Zugleich wecken andere Zielorientierungen der Handelshilfe, ihre deutliche Schwerpunktsetzung auf den privaten Sektor, die wirtschaftsliberale Stoßrichtung Zweifel, ob mit dem Instrument tatsächlich Kohärenz zu anderen entwicklungspolitischen Zielen – v. a. der Armutsbekämpfung – hergestellt werden kann.)

Derzeit ist fraglich, ob die WPA-Verhandlungen bis Ende 2007 beendet werden können. Auch die Umsetzung der (entwicklungs-) politischen Zielvereinbarungen ist keineswegs abgeschlossen. Vor dem Hintergrund meiner – hier nur skizzierten - Kritik an Ergebnissen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, am eingeschlagenen entwicklungspolitischen Kurs der EU und der mangelnden Transparenz in der Umsetzung, liegt genau darin die Chance: Der Prozess bleibt auch nach der deutschen EU-Ratspräsidentschaft noch „offen“ für inhaltliche Nachbesserungen und politische Kurskorrekturen, die aus Sicht der LINKEN unbedingt notwendig sind.

Ich möchte Ihnen abschließend daher nochmals für Ihren engagierten Brief danken, den ich auch als „Aufforderung“ verstanden habe, die politische Auseinandersetzung für eine bessere Entwicklungspolitik (als Beitrag zur gerechteren Gestaltung der Globalisierung) fortzusetzen. Ein kritischer Diskurs, der inhaltliche Differenzen zu konkreten (nicht nur) entwicklungspolitischen Zielen und Instrumenten nicht verwischt, zugleich aber stets konstruktiv und sachbezogen bleibt und den Interessen der Gesellschaften des Südens Vorrang vor innen- und europapolitischer Profilierung einräumt, ist hierzu die Voraussetzung. In diesem Sinne möchte ich Ihnen, persönlich und im Namen meiner Fraktion, auch künftig unsere weiterhin „unbequeme“ aber stets dem gleichen Ziel verpflichtete Mitarbeit zusichern.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Hüseyin-Kenan Aydin

## **EPAs stoppen – LINKE unterstützt Protest gegen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen**

*Anlässlich der weltweiten Proteste gegen die Pläne der EU, mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP) so genannte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) abzuschließen, erklärt Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:*

Die EPAs dienen in erster Linie dem Zweck, die Märkte der AKP-Staaten noch weiter für Waren und Dienstleistungen aus der EU zu öffnen. Soziale Bewegungen in Afrika, der Karibik und im Pazifik befürchten gravierende Folgen für die nationalen Industrien und die Kleinbauern ihrer Länder sowie eine weitere Schwächung der politischen Gestaltungsspielräume. Gemeinsam mit Unterstützern in Europa protestieren sie deshalb gegen die EPAs.

Auch unter den Verhandlungsführern der AKP-Regierungen verstärkt sich der Unmut. Sie beklagen den enormen, zuweilen erpresserischen Druck, den die EU-Kommission auf sie ausübt, damit die Abkommen noch 2007 abgeschlossen werden. Zuletzt hatte EU-Handelskommissar Mandelson gedroht: „Wenn wir die Verhandlungen nicht bald abschließen, dann werden die AKP-Staaten ernste Schwierigkeiten bekommen.“ Das ist keine gute Grundlage für eine künftige Partnerschaft.

Deshalb fordert DIE LINKE Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD) auf, die Drohungen des EU-Handelskommissars gegen die AKP-Staaten zurückzuweisen und sich dafür einzusetzen, dass die EU-Kommission den Zeitdruck aus den Verhandlungen nimmt. Es müssen sofort alternative Abkommen vorbereitet werden, damit die AKP-Staaten ihren bevorzugten Zugang zum EU-Markt behalten können, ohne selbst zu weiterer Marktöffnung gezwungen zu werden.

---

11.9.2007, Kleine Anfrage

## **Stand der Verhandlungen zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen**

***Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Heike Hänsel, Hüseyin-Kenan Aydin, Monika Knoche, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 16/6257)***

### *Vorbemerkung der Fragesteller*

*In seiner Broschüre „Europa – Starker Partner für nachhaltige globale Entwicklung. Entwicklungspolitische Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft“ erklärt das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), ein „weitreichendes und attraktives Angebot der EU an die AKP-Staaten“ sei entscheidend dafür gewesen, dass die Verhandlungen über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen „fristgerecht bis Ende 2007 abgeschlossen werden“ könnten. Tatsächlich konnten die AKP-Staaten (Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik) der Europäischen Union Zugeständnisse bezüglich der Festlegung von Übergangsfristen für besonders sensible Produkte und bei den Ursprungsregeln abringen. Dennoch verstärkt sich in der*

Öffentlichkeit der Eindruck, dass wenige Monate vor Ablauf der von der Europäischen Union gesetzten Verhandlungsfrist die Widersprüche zwischen den Interessen der EU einerseits und den Verhandlungspartnern in den unterschiedlichen Regionalgruppen andererseits immer deutlicher zu Tage treten. Daraus nähren sich Zweifel daran, ob überhaupt noch am Zeitplan der EU festgehalten werden sollte.

1. Die Verhandlungspartner aus den AKP-Staaten kritisieren den Druck, den die EU-Kommission in den Verhandlungen über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) auf sie ausübt. Zuletzt wurde der Europäischen Union gar Erpressung vorgeworfen. So kam es Ende Juli bei Gesprächen in Port Vila (Vanuatu) zum Streit zwischen der pazifischen Verhandlungsgruppe und der EU-Kommission, weil die Kommission Auszahlungen aus dem 10. Europäischen Entwicklungsfonds (EDF) an die Bedingung eines Abschlusses von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen knüpfte. Nach Meldung der Presseagentur Pacnews (Pacific Islands News Association) vom 1. August 2007 wurde die Rückhaltung von 48 Prozent der im Regional Indicative Programme des EDF für die Pazifikregion vorgesehenen Mittel angedroht, falls es zu keinem Abschluss käme, bzw. von 26 Prozent, falls ein Abkommen sich lediglich auf den Güterverkehr beschränke und nicht weitere Bereiche wie den Schutz geistigen Eigentums, Investitionsschutz und Wettbewerbsrecht einschliesse. Verhandlungsteilnehmer hatten dies als Erpressungsversuch gewertet und sich dagegen verwahrt (vgl. auch Meldung von AP, 3. August 2007).

2. In Nigeria forderten Unternehmensverbände und Kammern ihre Einbeziehung in Verhandlungen zwischen der EU und der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und warnten mit Blick auf die negativen Folgen für die lokale Industrie vor einer übereilten Unterzeichnung des Abkommens. (Meldung von Vanguard Media, 2. August 2007) Auch in den Staaten der zentralafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (CEMAC) wächst die Skepsis. Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und Regierungsvertretern der CEMAC-Staaten in Yaoundé (Kamerun) endeten im Juli ohne Ergebnis, nachdem die Kommission, offenbar unerwartet, auf große Vorbehalte ihrer Verhandlungspartner gestoßen war. Zivilgesellschaftliche Gruppen hatten zuvor auf einer internationalen Konferenz in Yaoundé auf die Risiken hingewiesen, die die Abkommen für die lokalen Märkte mit sich brächten.

3. Seit Jahren wird um die entwicklungspolitische Kohärenz der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen gerungen. So setzten sich im Oktober 2006 der Handels- und der Entwicklungsminister von Großbritannien in einem Offenen Brief an den Rat, dafür ein, den Entwicklungsländern, „so viel Zeit zu geben, wie sie für eine Marktöffnung brauchen“, und ihnen die Möglichkeit einzuräumen, „Importe subventionierter Nahrungsmittel zu verbieten“. Sie sollten außerdem nicht zu Verhandlungen über Investitionen, Wettbewerb und das öffentliche Beschaffungswesen gezwungen werden (Meldung von Reuters, 16. Oktober 2006). Der Ausschuss für die Europäische Union der französischen Nationalversammlung kritisierte in einem Bericht (Drucksache 3251: Rapport d'Information sur la négociation des accords de partenariat économique avec les pays d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique; sog. Lefort-Bericht) die bisherige Verhandlungsführung der EU-Kommission. Die Durchsetzung der EU-Forderungen würde die Volkswirtschaften der AKP-Staaten einem „Schock“ aussetzen. Der Ausschuss forderte deshalb, der EU-Kommission das Verhandlungsmandat zu entziehen, und benannte Kriterien für ein neu zu definierendes Verhandlungsmandat. Dazu gehöre die Rücksichtnahme auf regionale Integrationsbemühungen.

4. Die Forderung aus den AKP-Staaten, die Verhandlungsfrist zu verlängern, hatte die Bundesregierung in der Zeit ihrer EU-Präsidentschaft unter Verweis auf das Auslaufen der von der Welthandelsorganisation (WTO) gewährten Ausnahmeregelung für das bisherige Präferenzsystem kategorisch zurückgewiesen. Zugleich weisen Kritiker der EU-Verhandlungsführung darauf hin, dass Artikel 24 GATT (General Agreement on Tariffs and Trade), der grundlegend ist für die EPA-Verhandlungen, sich lediglich auf den Handel mit Gütern bezieht. Die von der EU angestrebten Liberalisierungen im Dienstleistungsbereich und im öffentlichen Beschaffungswesen sowie Regelungen zum geistigen Eigentum, die Harmonisierung des Wettbewerbsrechts und Investitionsschutz müssten demnach nicht notwendigerweise Bestandteil der EPA-Verhandlungen sein, um WTO-Kompatibilität zu erreichen. AKP-Regierungen brachten deshalb den Vorschlag ein, bis Jahresende lediglich Abkommen abzuschließen, die sich auf den Güterhandel beziehen („EPA-light“). Die EU ließ bislang keine Bereitschaft zu einem solchen Vorgehen erkennen.

5. Auch bezüglich der Finanzierung der im Zusammenhang mit Handelsliberalisierungen anfallenden Kompensations- und Anpassungsleistungen bestehen offenbar unterschiedliche Vorstellungen: Die AKP-Regierungen und Nichtregierungsorganisationen sprechen sich dagegen aus, diese Leistungen aus dem EDF zu finanzieren, und schlagen stattdessen eine zusätzliche EPA-Fazilität vor. Die EU hat dies bislang zurückgewiesen.

6. Die Bedeutung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft wird vom Rat immer wieder betont, zuletzt wieder in den Schlussfolgerungen vom 14./15. Mai 2007; es gibt jedoch keine verbindlichen Mechanismen zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Die Verhandlungen werden im Wesentlichen unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Die Paritätische Parlamentarische Versammlung aus Abgeordneten des Europäischen Parlaments und der AKP-Staaten, die zuletzt am 23. bis 28. Juni 2007 in Wiesbaden zusammengetreten war, verfügt über keine verbindlichen Einwirkungsmöglichkeiten. Zivilgesellschaft und Parlamentarierinnen und Parlamentarier fordern seit langem Transparenz in den Verhandlungen und Möglichkeiten der Mitwirkung und Kontrolle.

#### Vorbemerkung der Bundesregierung

Seit dem Jahr 2003 führt die EU-Kommission auf der Grundlage eines vom EU-Ministerrat gegebenen Mandats individuelle Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit sechs Regionalgruppen Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP): Südöstliches Afrika (ESA), Südliches Afrika (SADC), Westafrika (ECOWAS), Zentralafrika (CEMAC), Karibische Region (CARIFORUM) und Pazifische Region. Gemäß den Verhandlungsplänen wurde 2006 in allen sechs Regionen mit den Verhandlungen zur konkreten Gestaltung der EPAs begonnen. Die Verhandlungen müssen bis Ende 2007 abgeschlossen werden und von allen beteiligten Staaten auf EU- und AKP-Seite (insgesamt ca. 105 Staaten) ratifiziert werden. Der Ratifizierungsprozess wird voraussichtlich mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Um ein fristgemäßes Inkrafttreten der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen am 1. Januar 2008 zu ermöglichen, ist es möglich, eine vorläufige Anwendung der Abkommen zu beschließen. Die Prognosen, dass bis zum Jahresende sechs regionale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen abgeschlossen sein werden, sind zurzeit verhalten optimistisch. Die AKP-Regionen zeigen aber derzeit alle die Bereitschaft, fristgemäß abzuschließen.

1. Hat die Bundesregierung Kenntnis über den Verlauf der Gespräche zwischen Vertretern der EU und der Pazifischen Staaten Ende Juli in Port Vila (Vanuatu), und kann sie

*bestätigen, dass seitens der EU dort angedroht wurde, die vorgesehenen Auszahlungen aus dem EDF zu Teilen an die Bedingung des Abschlusses von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu knüpfen, wie unter anderem der Handelsminister von Vanuatu kritisierte?*

*2. In welcher Weise wird die Bundesregierung gegebenenfalls gegen diese Form der Verhandlungsführung seitens der EU-Kommission Einspruch erheben?*

*3. Wie steht die Bundesregierung grundsätzlich zur Verknüpfung der Auszahlung von Teilen der im 10. Europäischen Entwicklungsfonds vorgesehenen Mittel an die Unterzeichnung und konkrete Ausgestaltung von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen?*

Die Fragen 1, 2 und 3 werden wegen des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Die absolute Höhe des Regionalen Indikativprogramms des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) für die Pazifik-Region (und alle anderen Regionen) ist unabhängig vom Abschluss eines Wirtschaftspartnerschaftsabkommens. Die Höhe und Ausgestaltung des 10. EEF wird in einem von den Wirtschaftspartnerschaftsverhandlungen unabhängigen Verfahren festgelegt. Ein substantieller Teil des EEF wird aber wegen der ökonomischen und sozialen Bedeutung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen für ihre Umsetzung verwendet werden. Die Kommission teilte in Port Vila mit, dass Teile des pazifischen EEF „neu programmiert“ (i. e. sektoral umgewidmet, nicht jedoch regional umgewidmet, bzw. vom Gesamtvolumen abgezogen) werden müssten, wenn es nicht zum Abschluss eines Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen EU und den Pazifischen Staaten kommen sollte. Die Verhandlungsführer klärten diesen Sachverhalt in einem Briefwechsel nach der Pressefehlmeldung. Die Umsetzung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen wird Reformen und Anpassungen in der Wirtschaft erfordern. Im Rahmen der Diskussion zu handelsbezogener Entwicklungszusammenarbeit („Aid for Trade“ – AfT) haben Entwicklungsländer und AKP-Staaten vielfach Unterstützung durch Mittel der Entwicklungszusammenarbeit für diese Prozesse gefordert. Die Bundesregierung unterstützt daher grundsätzlich eine Ausrichtung der Mittel des EEF an den Entwicklungserfordernissen, die sich durch die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen neu ergeben, sowie die Aufstockung des EEF im Rahmen des Cotonou-Abkommens und zur Unterstützung des Prozesses zur Aushandlung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen.

*4. Welches sind die Eckpunkte des von der Bundesregierung in der o. g. Broschüre (Europa – Starker Partner für nachhaltige globale Entwicklung. Entwicklungspolitische Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft) behaupteten „weitreichenden und attraktiven Angebots“ (bitte einzeln für jede Regionalgruppe und mit Angaben zu konkreten Themen/Verhandlungsgegenständen erläutern)?*

Maßgebliche Eckpunkte, die für alle Regionen gleichermaßen gelten und zum Fortschritt der Verhandlungen beitragen, sind:

- Das Angebot für zoll- und quotenfreien Zugang auf den EU-Markt (mit Übergangsfristen bis 2015 für Reis und Zucker) für alle AKP ab Inkrafttreten der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen.
- Darüber hinaus hat der Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen im Mai 2007 beschlossen, den AKP lange Übergangsfristen

(Interpretationen aus der EU-Kommission, bzw. WTO-Fachkreisen reichen bis zu 25 Jahren für Ausnahmefälle) zu gewähren.

- Sensible Produkte, deren Produktion besonders beschäftigungswirksam oder die ernährungsrelevant sind, können die AKP langsamer liberalisieren, in besonders sensiblen Fällen sogar ganz von der Liberalisierung ausnehmen.
- In allen Regionen wird derzeit Entwicklungszusammenarbeit zur Flankierung der Umsetzung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen beschlossen.
- Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen hat im Mai 2007 entschieden, keine offensiven, eigenen Marktzugangsinteressen seitens der EU in den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu verfolgen.

*5. Wie beurteilt die Bundesregierung den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen der EU-Kommission mit den sechs Regionalgruppen (bitte einzeln für jede Regionalgruppe und mit Angaben zu konkreten Themen/Verhandlungsgegenständen erläutern)?*

Im Februar 2007 hat sich die EU – entsprechend eines Vorschlages der Entwicklungspartnerschaft im südlichen Afrika SADC-Gruppe (Southern African Development Cooperation) – darauf verständigt, Südafrika als offizielles Mitglied der SADC-Gruppe anzuerkennen. Zuvor hatte das Land, das die wichtigste wirtschaftliche und politische Rolle im Südlichen Afrika spielt, lediglich Beobachterstatus. Ein Textentwurf für das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen wurde von der EU-Kommission in die Verhandlungen eingebracht und wird derzeit von der SADC-Gruppe geprüft. Zudem wurden in der letzten Verhandlungsrunde in Namibia im Juni 2007 ein AKP-Marktzugangsangebot für die EU-Mitgliedsstaaten sowie Vorschläge zur Ausgestaltung der Ursprungsregeln ausgetauscht.

Die ESA-Region („Eastern and Southern Africa“) ist die heterogenste (divergierende Interessenslage zwischen LDCs (Least Developed Countries) mit freiem Marktzugang unter „Alles außer Waffen“ und Nicht-LDCs, z. B. Kenia und Mauritius) und flächenmäßig ausgedehnteste afrikanische Wirtschaftspartnerschafts-Region mit den meisten überlappenden Mitgliedschaften in unterschiedlichen Regionalorganisationen (z. B. Intergovernmental Authority on Development – IGAD, East African Community – EAC, Common Market for Eastern and Southern Africa – COMESA). ESA und EU verpflichteten sich beim letzten Ministertreffen am 28. Februar 2007 nach langer Verhandlungspause dazu, das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen fristgerecht bis 31. Dezember 2007 abzuschließen. Einigungen zu den Themen Marktzugang, Herkunftsregeln und zu Entwicklungsthemen sind dafür Voraussetzung.

Economic Cooperation of West African States – ECOWAS-Region: Seit einem Treffen auf Ministerebene Anfang Februar 2007 wurden die Verhandlungen stark intensiviert. Ein Abkommensentwurf von April 2007 wird derzeit von beiden Seiten geprüft und überarbeitet. Kapazitätsschwächen der Regionalorganisationen (ECOWAS und UEMOA – Union Economique et Monétaire Ouest Africaine) erschweren die Abstimmung zum Marktzugangsangebot Westafrikas an die EU, sowie die Definition von der Liberalisierung auszunehmender, sensibler Produkte. Beide Seiten halten dennoch am Ziel fest, noch 2007 zum Abschluss der Verhandlungen zu kommen.

Die Verhandlungen in der CEMAC-Region (Communauté Economique et Monétaire de l'Afrique Centrale – die zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion) schreiten konstruktiv voran. Die Ausarbeitung eines Abkommensentwurfs hat begonnen. Offene Fragen sind vor allem die Ausgestaltung des Marktzugangsangebots (inklusive

Ursprungsregeln) und Fragen der Entwicklungsfinanzierung. Auch die CEMAC-Region hat ihre Bereitschaft bekräftigt, die Verhandlungen fristgemäß abzuschließen.

Die pazifischen AKP-Staaten legen den Schwerpunkt ihrer Verhandlungen derzeit auf den Bereich Dienstleistungen und temporäre Arbeitsmigration. Da Warenhandel in der Region nur eine geringe Rolle spielt, erhoffen sich die pazifischen AKP-Staaten insbesondere in diesen Bereichen einen Mehrwert durch die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Weitere Kernfragen sind Fischerei (inklusive Ursprungsregeln) sowie Unterstützung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Mit der Ausarbeitung des konkreten Abkommenstexts wurde begonnen.

Mit CARIFORUM (Caribbean Forum – die karibischen Inseln) sind die Wirtschaftspartnerschaftsverhandlungen bereits am weitesten fortgeschritten und gelten als Richtschnur für die übrigen fünf AKP-Regionen. Die Verhandlungen über den konkreten Abkommenstext zwischen EU und CARIFORUM werden voraussichtlich Ende Oktober/im Laufe November 2007 abgeschlossen sein und können dann auf Ministerebene angenommen werden. Derzeit wichtigster offener Punkt der Verhandlungen ist die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die für CARIFORUM eine notwendige Voraussetzung zur Unterzeichnung eines Wirtschaftspartnerschaftsabkommen darstellt.

*6. In welchen Verhandlungen steht die Finalisierung der Vertragsdokumente nach Kenntnis der Bundesregierung kurz bevor oder wurde bereits vorgenommen?*

In keiner Region sind die Verhandlungen abgeschlossen. Alle Regionen verhandeln intensivst auf Grundlage konkreter Abkommensentwürfe (s. o., Antwort zu Frage 5).

*7. Welches sind nach Ansicht der Bundesregierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt die schwierigsten Verhandlungsfelder (bitte für jede Regionalgruppe einzeln erläutern)?*

Momentan stehen sämtliche Marktzugangsangebote für Güterhandel der AKP-Regionen gegenüber der EU noch aus, da deren Abstimmung innerhalb der Regionen die Kapazitäten der Regionalorganisationen und ihrer Mitgliedstaaten sehr beansprucht. Mit Ausnahme der CARIFORUM-Region trifft dies auch für den Dienstleistungshandel zu. Die AKP fordern teilweise weitere Finanzierungszusagen im Rahmen der regionalen Indikativprogramme sowie mehr Entwicklungszusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten im Rahmen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen.

*8. Unterstützt die Bundesregierung die Forderung nach einer Neufassung des Artikels 24 GATT in dem Sinne, dass auch asymmetrische Beziehungen in Handelsabkommen grundsätzlich erlaubt und vor der WTO (World Trade Organisation) abgesichert werden (bitte mit Begründung)?*

Schon die Auslegung des Artikel XXIV (1994) lässt Asymmetrie in Bezug auf die Übergangsfristen der Liberalisierung zu. Eine klare Definition des Begriffs „annähernd der gesamte Handel“ ist bisher im Rahmen der WTO nicht erfolgt. Eine asymmetrische Ausgestaltung auch in Bezug auf die produktspezifischen Liberalisierungsverpflichtungen ist bereits jetzt möglich. In der gegenwärtigen Doha-Entwicklungsrunde besteht Konsens, keine weitere Definition der Bestimmungen des Artikel XXIV vorzunehmen, auf weitere Transparenzverpflichtungen hat man sich geeinigt. Die Bundesregierung befürwortet wegen der Entwicklungsunterschiede zwischen der EU und den AKP-Staaten eine

asymmetrische Ausgestaltung der Liberalisierungsverpflichtungen in den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen.

*9. Rechnet die Bundesregierung mit dem Abschluss von Partnerschaftsabkommen mit allen sechs Regionalgruppen bis zum Ende des Jahres?*

*10. Zu welchem Zeitpunkt und für welche Regionalgruppe(n) rechnet die Bundesregierung mit der Unterzeichnung erster Partnerschaftsabkommen?*

*11. Welche Vorstellung hat die Bundesregierung von einer möglichen Regelung für den Fall, dass mit einer oder mehreren Regionalgruppe(n) bis zum Jahresende kein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen abgeschlossen werden kann?*

Die Fragen 9, 10 und 11 werden wegen des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Alle Regionen haben sich wiederholt zum Abschluss der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen vor Ende 2007 bekannt. Die Bundesregierung sieht dies als klares Zeichen, dass der Verhandlungsfahrplan bewältigt werden kann. Für das Abkommen mit CARIFORUM sieht der Verhandlungsfahrplan die Paraphierung des Abkommens, je nach letzten Verhandlungsergebnissen, Ende Oktober/während November 2007 vor. Mit allen Regionen wird intensiv verhandelt, um fristgerecht entwicklungsförderliche Wirtschaftspartnerschaftsabkommen abzuschließen.

*12. Hat die Bundesregierung Kenntnis von diesbezüglichen Überlegungen in der EU-Kommission, und welchen Inhalts sind entsprechende Überlegungen? Welche Absprachen gibt es dazu innerhalb des Rats?*

Die Bundesregierung steht in ständigem Austausch mit der EU-Kommission und den EU-Mitgliedsstaaten. Absprachen für den Fall des nicht fristgerechten Abschluss von Abkommen gibt es nicht.

*13. Sieht die Bundesregierung für den Fall, dass mit einer oder mehreren Regionalgruppe(n) bis zum Jahresende kein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen abgeschlossen werden kann, in der einseitigen Verlängerung des Präferenzsystems aus dem Lomé-Abkommen eine taugliche Übergangslösung, und würde sie eine solche Lösung im Rahmen eines Interimsregimes auch ohne Zustimmung der WTO befürworten?*

Siehe Antworten auf die Fragen 9 bis 11.

*14. Wie schätzt die Bundesregierung die Wahrscheinlichkeit ein, dass ein solches Vorgehen die Zustimmung der zuständigen Gremien auf EU-Ebene fände?*

Siehe Antworten auf die Fragen 9 bis 11.

*15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit des Abschlusses von Partnerschaftsabkommen, die sich lediglich auf den Handel mit Gütern beziehen, und späterer Verhandlungen auf den übrigen von der EU anvisierten Feldern (bitte mit Begründung)?*

*16. Plant die Bundesregierung, sich innerhalb der EU für diese Variante in einzelnen Fällen einzusetzen (falls ja, bitte die betreffende Regionalgruppe nennen), falls sonst die Gefahr bestünde, dass kein Abkommen unterzeichnet wird?*

*17. Sind solche Abkommen („EPA-light“) nach Kenntnis der Bundesregierung in Vorbereitung?*

Die Fragen 15, 16 und 17 werden wegen des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sollen nach Auffassung der Bundesregierung keine reinen Handelsabkommen sein, sondern Handel und wirtschaftliche Integration in den Dienst der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der AKP-Staaten stellen. Wirtschaftliche Integration soll auch durch regionale Regulierung handelsbezogener Themen (z. B. Handelserleichterungen, Investitionen) vorangetrieben werden und so zur Bildung größerer Märkte beitragen, die Investitionen anziehen und interregionalen Handel fördern. Daher setzt sich die Bundesregierung für breite, entwicklungsförderliche Wirtschaftspartnerschaftsabkommen ein. Mit einem „EPA-light“-Ansatz würde auf die entwicklungsförderlichen Elemente der Wirtschaftspartnerschaften verzichtet, was von der Bundesregierung nicht befürwortet werden kann. Einige AKP-Staaten lehnen handelsbezogene Themen in den Abkommen aus Kapazitätsgründen einerseits, aus Souveränitätsgründen andererseits ab. Dagegen zieht z. B. ECOWAS/Westafrika in Erwägung, Dienstleistungen zunächst mit einem weiteren Verhandlungsfahrplan im Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu verankern und substantielle Vereinbarungen in den ersten fünf Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens auszuhandeln.

*18. Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung, mit den Handelsliberalisierungen verbundene Anpassungs- und Kompensationskosten aus einer zusätzlich zum EDF einzurichtenden EPA-Fazilität zu finanzieren und dafür nicht den EDF heranzuziehen?*

Die AKP-Regionalorganisationen wollen sogenannte „EPA-Fonds“ einrichten, aus denen Mittel für Umsetzungs- und Anpassungskosten im Rahmen vorhandener Entwicklungsinstrumente zur Verfügung gestellt werden sollen. Diese Fonds könnten aus dem 10. EEF, Eigenbeiträgen der Region und gegebenenfalls Mitteln der EU-Mitgliedsstaaten und internationalen Gebern gespeist werden. Kriterien für eine wirtschaftliche und effiziente Verwendung von Mitteln dieser Fonds sowie Richtlinien für eine transparente öffentliche Finanzverwaltung im Sinne verantwortungsvoller Regierungsführung werden momentan zwischen den Verhandlungspartnern erarbeitet. Die Bundesregierung sieht keinen Bedarf für ein zusätzliches europäisches Instrument zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit für Umsetzungs- und Anpassungskosten durch Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Bei der Programmierung des 10. EEF werden regionale Integration und Handel unabhängig vom Verhandlungserfolg der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen als Schwerpunkte definiert (z. B. SADC-Region 80 Prozent und Karibikregion 60 bis 70 Prozent der zugesagten regionalen EEF-Mittel; vgl. auch Antworten zu den Fragen 1 bis 3). Die regionalen Indikativprogramme wurden im Rahmen des Cotonou-Abkommens großzügig aufgestockt (in Westafrika fast verdreifacht).

*19. Wie beurteilt die Bundesregierung die in der Vorbemerkung angeführte Kritik des EU-Ausschusses der französischen Nationalversammlung und die Stellungnahme der britischen Minister vom Oktober 2006?*

Die Bundesregierung hat sich mit allen kritischen und konstruktiven Argumenten zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen intensiv auseinander gesetzt. Die von Großbritannien geäußerte Kritik stellt aber ebenso wie die Position des Lefort-Berichts keine Mehrheitsmeinung in der Europäischen Union dar und entspricht nicht der Position der Bundesregierung.

*20. An welchen konkreten Punkten haben kritische Anregungen – beispielsweise aus der erwähnten Resolution der französischen Nationalversammlung oder dem Offenen Brief der britischen Minister, aber auch von Regierungen und der Zivilgesellschaft der Partnerstaaten und von Nichtregierungsorganisationen – Eingang in eine veränderte Verhandlungsstrategie der EU gefunden (bitte konkrete Punkte nennen, an denen die EU-Verhandlungsziele angepasst wurden)?*

Wie im Cotonou-Abkommen vorgesehen, stehen EU-Kommission, EU-Mitgliedsstaaten und der Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen in ständigem Dialog mit der Zivilgesellschaft, sowie mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern in AKP-Staaten. Die Inhalte der Abkommen konkretisieren sich aus diesem vielschichtigen Dialog heraus. Dabei waren zivilgesellschaftliche Organisationen immer starke Partner für einen Dialog über die entwicklungsförderliche Ausgestaltung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen.

*21. Zu welchem Zeitpunkt und in welcher Weise plant die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag vollumfänglich über den Verhandlungsstand und die Zielsetzungen zu informieren?*

Die Bundesregierung wird den Deutschen Bundestag wie in der Vergangenheit regelmäßig in den betroffenen Fachausschüssen informieren.

*22. In welcher Weise wird die Bundesregierung eine Beteiligung der Zivilgesellschaft an den abschließenden Verhandlungsprozessen organisieren?*

Das Verhandlungsmandat für die Wirtschaftspartnerschafts-Verhandlungen liegt bei der Kommission, die für die Einbeziehung aller Interessensgruppen in den Verhandlungsprozess zuständig ist. Die Bundesregierung steht in regelmäßigem Kontakt mit der Zivilgesellschaft. Im April 2006 organisierte das für Wirtschaftspartnerschaftsabkommen federführende Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) den internationalen Politikdialog „The Development Dimension of Economic Partnership Agreements: Are We Still On Track/Too fast?“. Bundesministerin Wieczorek-Zeul traf sich zum Auftakt der EU und G8-Präsidentschaft im Dezember 2006 sowie in deren Hochphase im März 2007 zum Dialog mit NRO, wobei Wirtschaftspartnerschaftsabkommen eine prominente Rolle einnahmen. Im Herbst 2007 ist ein weiteres Treffen dieser Art geplant, in dem Ergebnisse aus den Präsidentschaften und deren Umsetzung weiter verfolgt werden sollen. Des Weiteren steht Bundesministerin Wieczorek-Zeul in vielfachem bilateralem Austausch mit NRO und nahm an mehreren Veranstaltungen der Zivilgesellschaft teil, in denen sie Positionen austauschen und aufnehmen konnte. Auf Arbeitsebene pflegt das zuständige Referat in dem eigens eingerichteten „EPA-Arbeitskreis“ regelmäßigen Kontakt mit NRO und bietet ein Forum in dem Belange der Zivilgesellschaft an die Bundesregierung herangetragen werden können. Die Bundesregierung hat pilothaft mit den NRO in den AKP-Staaten zusammengearbeitet, u. a. mit CUTS International (Consumer Unity & Trust Society) in Tansania zur öffentlichen Aufklärung über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Darüber

hinaus finanziert die Bundesregierung zivilgesellschaftliche Initiativen im Rahmen des Cotonou-Prozesses, wie z. B. die Arbeit der Friedrich- Ebert-Stiftung mit Parlamentariern und Parlamentarierinnen in allen afrikanischen Regionen.

*23. In welcher Form könnte nach Meinung der Bundesregierung die Zivilgesellschaft in das Monitoring bei der Umsetzung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen einbezogen werden?*

Die Bundesregierung beteiligt sich aktiv an der Entwicklung eines Monitoringinstruments. Analog zur Halbzeitüberprüfung der Wirtschaftspartnerschafts-Verhandlungen (Reviewprozess nach Artikel 37.4, Cotonou-Abkommen) sollen nach Meinung der Bundesregierung Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft in das Monitoringinstrument einbezogen werden. Erhebungen und Ergebnisse des Monitorings sollten von den zuständigen EU-und AKP-Gremien einer breiten Öffentlichkeit zur Diskussion und Überprüfung vorgestellt werden.

*24. In welcher Weise will die Bundesregierung auf die während der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung am 23. bis 28. Juni 2007 von Parlamentariern aus den AKP-Staaten vorgebrachte Beschwerde darüber reagieren, dass sie sich nicht ausreichend über den Verhandlungsverlauf informiert sehen?*

Die Einbeziehung der Parlamentarierinnen und Parlamentarier ist Aufgabe der jeweiligen regionalen verhandlungsführenden Regionalorganisationen und ihrer Mitgliedsstaaten. Gegenüber den AKP-Partnern wurde immer wieder auf die Bedeutung der Einbeziehung von Parlament und Zivilgesellschaft hingewiesen. Auch der Vorsitzende des AKP-Rates, Mohlabi Kenneth Tsekoa, wird die Regierungen erneut darauf hinweisen.

*25. Wie erklärt die Bundesregierung, dass die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen als zentrales Projekt in der Afrika-Politik der Europäischen Union nicht explizit auf der Tagesordnung des G8-Gipfels in Heiligendamm standen, obwohl dort ein Schwerpunkt der Debatten auf der Partnerschaft mit und entwicklungspolitischen Initiativen für Afrika lag, obwohl Deutschland zum Zeitpunkt des Gipfels die Präsidentschaft sowohl der G8 als auch der EU innehatte?*

Schwerpunkt der Diskussion in Heiligendamm waren die Partnerschaft mit und die entwicklungspolitischen Initiativen für Afrika der G8-Partner. Die Instrumente der Europäischen Union können in diesem Kreis nicht im Zentrum der Diskussion stehen.

*26. Wurden die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen im Zusammenhang mit den Tagesordnungspunkten „Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft“, „Neue Impulse für die Doha-Entwicklungsrunde“ oder „entwicklungspolitische Initiativen für Afrika“ diskutiert, welche handels- und wirtschaftspolitischen Aspekte wurden dabei konkret diskutiert, und zu welchen Übereinstimmungen gelangten die Teilnehmer?*

Siehe Antwort auf die Frage 25.

## Reader zur Lateinamerika-Anhörung der Fraktion DIE LINKE.

Der Reader zur Anhörung der Fraktion DIE LINKE.: „Vom Hinterhof zur Alternative? Linke Politik in Lateinamerika“ (Anhörung im Bundestag am 30. November 2006) steht auf [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de) zum Download bereit und als Ausdruck bestellt werden bei: [heike.haensel.ma01@bundestag.de](mailto:heike.haensel.ma01@bundestag.de) oder Tel.: 030 227 73179

---

### Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

#### Heike Hänsel, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Obfrau der Fraktion DIE LINKE. im Unterausschuss Vereinte Nationen

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 179  
Fax: 030 227 – 76 179  
[heike.haensel@bundestag.de](mailto:heike.haensel@bundestag.de)

Mitarbeiter/innen:  
Dr. Birgit Bock-Luna  
Dr. Alexander King  
Christine Scherzinger  
Henning Zierock

Wahlkreisbüro Tübingen:  
Heike Hänsel MdB  
Am Lustnauer Tor 4  
72074 Tübingen

Telefon: 07071 – 20 88 10  
Fax: 07071 – 20 88 12

Wahlkreismitarbeiter/in:  
Traudel Horn-Metzger  
Frederico Elwing  
[heike.haensel@wk.bundestag.de](mailto:heike.haensel@wk.bundestag.de)

Regionalbüro Freiburg:  
Heike Hänsel, MdB  
Bürogemeinschaft Freiburger Linke  
Greiffeneggring 2  
79098 Freiburg

Telefon: 0761 – 45 10 292

Mitarbeiter/in:  
Susanne Hartmann  
Peer Villwock  
[freiburg@heike-haensel.de](mailto:freiburg@heike-haensel.de)

Homepage: [www.heike-haensel.de](http://www.heike-haensel.de)

#### Hüseyin-Kenan Aydin, MdB

Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 491  
Fax: 030 – 227 76 491  
[hueseyin.aydin@bundestag.de](mailto:hueseyin.aydin@bundestag.de)

Mitarbeiter/innen:  
Sonay Ataç  
Björn Aust  
Dr. Frank Renken

Wahlkreisbüro in Duisburg:  
Hüseyin-Kenan Aydin MdB  
Mülheimer Str. 57  
47058 Duisburg

Telefon: 0203 – 80 55 677  
Fax: 0203 – 80 55 674

Wahlkreismitarbeiter/innen:  
Martina Ammann-Hilberath  
Ali Güler  
Werner Wirtgen  
[hueseyin.aydin@wk.bundestag.de](mailto:hueseyin.aydin@wk.bundestag.de)

